



Interviews

Datum: 25. März 2024

Thorsten Frei, parlamentarischer Geschäftsführer der Unions-Bundestagsfraktion, im Gespräch mit Dirk Müller

Dirk Müller: Das ist wieder mal ein Flickenteppich in Deutschland, zumindest jetzt noch. Diesmal geht es um die geplante Bezahlkarte für Migranten, für Asylbewerber. Der Kanzler verspricht vor vielen Wochen eine einheitliche Lösung für alle, doch in der Realität sieht es anders aus. Es gibt zahlreiche Kommunen, die das Kartensystem bereits eingeführt haben oder gerade aktuell testen, aber es geht um die bundesweite Regelung. Die Grünen wollen Veränderungen, Korrekturen an den diskutierten Plänen. Jeder braucht ein wenig Geld in der Hosentasche, so die Argumentation. Kinder müssten sich demnach ein Brötchen in der Mittagspause kaufen können, Jugendliche ein Busticket in den nächsten Ort und Ältere mal einen Kaffee in einer Bäckerei, so die Argumentation der Grünen. Deshalb kommt die Ampel-Koalition in dieser Frage zu keiner Lösung. Auch die Unions-Parteien lehnen die Grünen-Vorschläge ab, unser Thema jetzt mit Thorsten Frei, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unions-Bundestagsfraktion. Einen schönen guten Morgen.

Thorsten Frei: Schönen guten Morgen, Herr Müller.

Müller: Herr Frei, warum sind Sie gegen Taschengeld für Kinder?

Frei: Das sind wir überhaupt nicht. Die Regelungen, die es derzeit gibt – Bayern hat beispielsweise letzte Woche einen Pilotversuch in vier Landkreisen gestartet; da gibt es ein Taschengeld von etwa 50 Euro. Und im Übrigen kann man das regeln und lösen wie man will, denn tatsächlich würde die Zuständigkeit für die Bezahlkarte weiterhin bei den Ländern und Kommunen bleiben.

Worum es jetzt geht ist, dass man eine Rechtsgrundlage im Bundesrecht schafft, nämlich im Asylbewerberleistungsgesetz, damit solche Bezahlkarten auch tatsächlich rechtssicher eingeführt werden können. Das hat das Kabinett in der vorvergangenen Woche beschlossen. Die Grünen haben es für den parlamentarischen Bereich bisher verhindert.

Müller: Aber das wird jetzt einige überraschen, wo Sie sagen, die Bezahlkarte soll eingeführt werden, das bundesweit, durch Länder, durch die Städte ganz konkret dann im Detail geregelt. Aber Geld für die Hosentasche gibt es nach wie vor?

Frei: Ja, so ist es vorgesehen. Derzeit ist die Regelung so, dass im Asylbewerberleistungsgesetz in Paragraph drei Absatz drei drinsteht, dass die Leistungen für Asylbewerber vorrangig in Geld auszubringen sind. Dem widerspricht, wenn man das vorrangig über eine Geldkarte macht. Eine solche Bezahlkarte würde ermöglichen, dass eine bestimmte Summe, beispielsweise 50 Euro sind es in Bayern - man könnte das auch anders regeln -, in Bar abzuheben ist. Ansonsten sind vor allen Dingen Barabhebungen und Überweisungen ins Ausland nicht mehr möglich und das ist auch der eigentliche Hintergrund für die Bezahlkarte.

Müller: Ganz kurz zusammengefasst: Bezahlkarte. Wenn ich Sie richtig verstanden habe und diese Cash-Forderung, wenn ich das so formulieren darf, die die Grünen jetzt als Bedingung stellen, damit es bundesweit eine Regelung gibt und die Kommunen und Länder dementsprechend individuell jeweils das regeln können, da machen Sie auch mit. Dann muss ich Sie jetzt als Fachmann fragen: Worin liegt denn jetzt das Problem?

Frei: Das Problem liegt darin, dass die Grünen bisher die Auffassung vertreten haben, dass es diese Änderung in der Rechtsgrundlage nicht bräuchte, und da sind alle anderen anderer Meinung. Es ist eine hohe Klageanfälligkeit, wenn man das Asylbewerberleistungsgesetz nicht ändert, und deswegen sind alle anderen Parteien, wenn ich das richtig überblicke, dafür, dass man den Paragraphen drei des Asylbewerberleistungsgesetzes ändert. Insofern, muss man wirklich sagen, stehen hier die Grünen quer im Stall und das muss sich ändern.

Müller: Die Lesart bei den Grünen ist aber etwas anders. Offenbar ist der Partei in der Argumentation jedenfalls und in der Forderung offenbar nicht klar, dass diese Taschengeld-Regelung ohne weiteres möglich ist. Es geht da auch noch, wenn wir das richtig verstanden haben, beispielsweise um abgelehnte Asylbewerber, oder auch Asylbewerber, die immer noch im Verfahren sind, die länger als drei Jahre in Deutschland leben. Die haben Anspruch auf Analogleistungen, wie das heißt, auf ähnliche Leistungen, vergleichbare Leistungen wie beispielsweise beim Bürgergeld. Da fordern die Grünen auch Ausnahmen bei dieser Gruppe. Ist das für Sie akzeptabel?

Frei: Es geht vor allen Dingen darum, dass wir ein menschenwürdiges Leben für alle, die in Deutschland sind, gewährleisten können, und das kann man genauso mit einer Bezahlkarte machen, die alle vernünftigen Funktionen enthält, außer Überweisungen ins Ausland. Deswegen verstehe ich die Grünen nicht.

Man darf auch nicht übersehen: Das geht zurück auf einen Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler aus dem November. Da ist auch ein grüner Ministerpräsident dabei, auch ein linker Ministerpräsident dabei. Im Kabinett in der vorvergangenen Woche ist das einstimmig beschlossen worden, auch unter Beteiligung der grünen Minister, und deswegen, muss man schon sagen, ist es jetzt nicht in Ordnung, wenn bei dieser Maßnahme die Grünen-Bundestagsfraktion auf der Bremse steht.

Müller: Ich möchte noch mal die Frage stellen: Anspruch auf Analogleistungen, der bei denjenigen besteht, die länger als drei Jahre in Deutschland leben. Sind Sie da bereit, weitere Ausnahmen zu machen? Würden Sie das mittragen?

Frei: Ja, bei den Analogleistungen geht es um diejenigen, die seit 36 Monaten hier sind, und im Grunde genommen geht es darum, dass man ausschließt, dass unrechtmäßig mit dem Geld umgegangen wird. Ich sehe jetzt keine Notwendigkeit, warum man da nach 36 Monaten Schluss machen sollte. Es ist auch so: Wenn das Verfahren bis dahin nicht abgeschlossen ist, das wird in den allermeisten Fällen in Deutschland der Fall sein.

Müller: Das heißt, diese 50 Euro Marke bar, wie Sie es jetzt beschrieben haben am Beispiel Bayern, das soll bestehen bleiben?

Frei: Das würde ich für richtig halten. Wir haben ja die Situation, dass 14 Länder in Deutschland zusammenarbeiten, um das einheitlich zu machen. Bayern hat für einen Sonderweg plädiert, Mecklenburg-Vorpommern auch. Aber ich bin davon überzeugt, dass man am Ende Lösungen finden wird, die für alle akzeptabel sind, wenn man akzeptiert, dass es über die Bezahlkarte nicht nur einen Beitrag zur Digitalisierung gibt, sondern auch Einschränkungen, die vorgenommen werden. Ich bin sehr dafür, weil es geht um ein menschenwürdiges Leben, aber es geht nicht darum, dass man größere Überweisungen ins Ausland tätigt.

Müller: Herr Frei, um das Thema Bezahlkarte ging es auch Ende vergangener Woche im Dresdener Stadtrat. Da hat die CDU im Dresdener Stadtrat für einen Antrag der AfD gestimmt, zu Gunsten der Bezahlkarte. War das ein Unfall?

Frei: Das war jedenfalls nicht in Ordnung. Der Vollständigkeit halber gehört dazu, dass auch andere demokratische Parteien diesem Antrag zugestimmt haben. Das macht es allerdings nicht besser.

Müller: Die FDP war das und die Freien Wähler, um das noch einzufügen.

Frei: Genau. Aber für uns als CDU ist vollkommen klar, dass wir eine klare Beschlusslage haben, dass wir auf keiner politischen Ebene in keinem politischen und parlamentarischen Verfahren mit der AfD zusammenarbeiten, ihren Anträgen zustimmen und dergleichen mehr. Deswegen war das nicht in Ordnung. Das hat die Dresdener CDU inzwischen auch eingeräumt.

Müller: Ein klarer Verstoß gegen die Vorgaben der Parteiführung?

Frei: Ja, das war nicht in Ordnung, und deswegen werden hier auch ernsthafte Gespräche geführt. Wir werden sicherstellen, dass so etwas in Zukunft nicht mehr passiert.

Müller: Mit möglichen Konsequenzen? Parteiausschluss, was Friedrich Merz mal in die Debatte gebracht hat?

Frei: Ja, ich glaube, man muss vernünftig und nachvollziehbar mit den Dingen umgehen, und das bedeutet, dass man sich den Fall ganz genau anschaut. Das haben wir auch teilweise schon gemacht. Die Beschlüsse sind ja in der Nacht zum Freitag gefallen, am späten Donnerstagabend. Insofern schauen wir uns das ganz fair und vernünftig an. Wir wollen auch vernünftig damit umgehen. Aber vollkommen klar ist, dass es so etwas in Zukunft nicht mehr geben darf und dass das, was am Donnerstagabend in Dresden passiert ist, auch absolut nicht in Ordnung ist.

Müller: Sie sagen, das ist spät passiert. Ist das der Müdigkeit geschuldet?

Frei: Nicht unbedingt. Wenn man es sich im Einzelnen anschaut, dann ist es so, dass es diesen Antrag bereits seit dem vergangenen Herbst in den Ausschüssen gab. Da hat übrigens die CDU in Dresden immer dagegen gestimmt. Insofern war das schon auch überraschend am vergangenen Donnerstag und wir werden die Vorgänge analysieren auch mit den Freunden in Sachsen und in Dresden und sicherstellen, dass so etwas für die Zukunft nicht mehr passiert.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.